

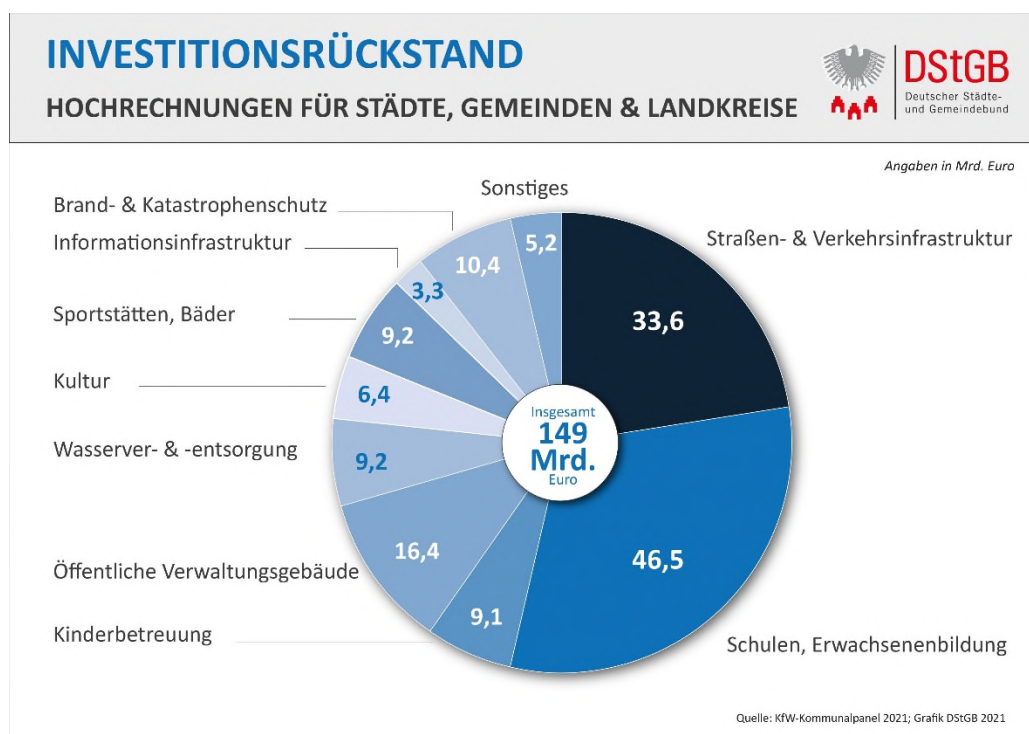
KfW-Kommunalpanel 2021 verdeutlicht nach wie vor hohen Investitionsrückstand

Am 06.05.2021 hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) die Ergebnisse zum KfW-Kommunalpanel 2021 veröffentlicht. Demnach beläuft sich der kommunale Investitionsrückstand auf 149 Mrd. Euro.

Zum Zeitpunkt der Befragung zum KfW-Kommunalpanel 2021 (Herbst 2020) schätzten, auch aufgrund des kommunalen Rettungsschirms von Bund und Ländern, immerhin noch 24 Prozent der befragten Kommunen ihre aktuelle Finanzlage als „gut“ bis „sehr gut“ (Vorjahr 32 %) ein. 44 Prozent haben die Finanzsituation nur als „ausreichend“ oder sogar „mangelhaft“ bezeichnet (Vorjahr 39 %).

Für die folgenden Jahre erwarten darüber hinaus fast 80 Prozent der Kommunen eine weitere Verschlechterung ihrer Finanzlage. Diese Einschätzung spiegelt sich auch im kommunalen „Stimmungsbarometer“ wider. Während sich die Einschätzung der aktuellen Lage im Vergleich zur Bewertung im Vorjahr nur leicht eingetrübt hat, was auch das haushalterisch in der Summe noch knapp positive Jahr 2020 widerspiegelt, stürzt das Stimmungsbarometer bezogen auf die Folgejahre förmlich ab. Die Einschätzungen sind hier so pessimistisch wie seit den Finanzkrisenjahren 2008 bis 2010 nicht mehr.

Nach dem KfW-Kommunalpanel 2021 beläuft sich der wahrgenommene kommunale Investitionsrückstand auf rund 149 Mrd. Euro (Hochrechnung für alle Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern in Deutschland). Damit ist der kommunale Investitionsstau trotz steigender Investitionen im Vergleich zum Vorjahr (147 Mrd. €) leicht angestiegen.



Mehr als die Hälfte der Investitionsbedarfe gehen auf die Bereiche Schulen und Erwachsenenbildung (46,5 Mrd. €), nochmaliger Anstieg, sowie Straßen und Verkehrsinfrastruktur (33,6 Mrd. €), leichter Rückgang, zurück. Hier ist dabei der Investitionsbedarf nicht nur hoch, sondern auch äußerst dringlich. Der wahrgenommene Investitionsrückstand bei der Kinderbetreuung ist leicht rückläufig und beträgt nun 9,1 Mrd. Euro, bei öffentlichen Verwaltungsgebäuden hingegen ist er deutlich angestiegen (16,4 Mrd. €). Ergänzt sei an dieser Stelle, dass 48 Prozent der Kommunen den Investitionsrückstand bei öffentlichen Verwaltungsgebäuden als „nennenswert“ oder „gravierend“ bezeichneten. Ursache hierfür sind auch die haushalterisch bedingt geringen Ausgaben für die Unterhaltung. Fast jede zweite Kommune gab an, dass sie den laufenden Unterhalt für diese Bauten in den vergangenen fünf Jahren im besten Fall nur teilweise, häufig aber kaum oder überhaupt nicht gewährleisten konnte.

Die Corona-Pandemie wirkte sich im vergangenen Jahr, auch wegen der frühzeitigen Zusage von Bund und Ländern zur finanziellen Unterstützung der Kommunen sowie der grundsätzlich eher verzögerten Reaktionsgeschwindigkeit kommunaler Investitionen auf konjunkturelle Schwankungen, noch nicht negativ auf die Entwicklung der Investitionen aus. Im Gegenteil, der moderate Anstieg der Investitionen setzte sich sogar fort. Anders als in den Vorjahren sind die Preise für Bauinvestitionen 2020 nicht weiter gestiegen. Die zusätzlich verausgabten Investitionsmittel haben also tatsächlich zu einem Mehr an Infrastruktur geführt. Viele Investitionen waren gleichwohl auch direkte Folge der Pandemie. Dies erklärt unter anderem auch, weshalb der Investitionsrückstand trotz höherer Investitionen weiter angewachsen ist. Ein weiterer Erklärungsstrang sind die in der Summe noch immer negativen kommunalen Netto-Anlageinvestitionen. Während sich die kommunalen Brutto-Anlageinvestitionen 2015 noch auf 21,7 Mrd. Euro beliefen und damit negative Netto-Anlageinvestitionen von -7,2 Mrd. Euro zur Folge hatten, konnten die Bruttoinvestitionen im vergangenen Jahr auf 33,3 Mrd. Euro gesteigert werden. Durch diese Steigerung lagen die kommunalen Netto-Anlageinvestitionen im vergangenen Jahr bei -0,6 Mrd. Euro. Die Richtung stimmt also. Bund und Länder stehen hier in der Verantwortung, dass sich diese positive Entwicklung nicht wieder umkehrt.

Für das laufende Jahr waren zum Befragungszeitpunkt insgesamt Investitionen in Höhe von 39,2 Mrd. Euro geplant (2020 lagen die geplanten Investitionen laut Haushaltsplan bei 37,5 Mrd. €). Damit bleiben die Investitionsplanungen vorerst stabil und steuern ihren Beitrag zur Krisenbewältigung bei.

Mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie gaben rund 24 Prozent der Kommunen allerdings an, dass die Investitionen im Vergleich zur Situation vor Corona mittelfristig sinken werden. Die geringeren künftigen finanziellen Spielräume der Kommunen zeigen sich auch darin, dass zwei Drittel der befragten Kommunen davon ausgehen, dass kommunale Investitionen künftig stärker über Förderprogramme von Bund und Ländern finanziert werden (müssen).

Ebenfalls fast zwei Drittel gehen davon aus, dass Investitionen in Querschnittsbereiche, wie zum Beispiel die „Digitalisierung“, weiter steigen werden. Mehr als jede dritte Kommune gibt dies auch für Investitionen im Bereich „Klimaschutz und Klimaanpassung“ an. Krisenrelevante Investitionsbereiche gewinnen erwartungsgemäß also an Bedeutung. Die Gefahr ist aber groß, dass ohne ein Gegensteuern auf Bundes- und Landesebene das freiwillige Engagement insbesondere bei den kommunalen Angeboten in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales zurückgefahren werden muss. Hierzu hatte die KfW bereits im Februar eine Vorabauswertung veröffentlicht, über die wir mit unseren E-Mail-Rundschreiben „Aktuelle Nachrichten zum Thema Corona-Virus“ vom 11.02.2021 informiert hatten.

57 Prozent der befragten Kommune gaben an, dass ein Rückgang der allgemeinen Deckungsmittel mit sinkenden Investitionen verbunden ist. 65 Prozent der befragten Kommunen rechnen mit künftig schlechteren Rahmenbedingungen und befürchten, dass sich aufgrund fehlender finanzieller Mittel die Personalsituation in planungsrelevanten Bereichen verschlechtern wird. Gefragt nach wirksamen Maßnahmen zur Stabilisierung der kommunalen Investitionsfähigkeit gaben gut zwei Drittel der Befragten an, dass vor allem kurzfristig krisenbedingte Mindereinnahmen kompensiert werden müssen. Auch mittelfristig sehen hier noch 27 Prozent entsprechende Bedarfe. Mittelfristig wird insbesondere auch eine grundsätzliche Anpassung bei der Finanzmittelverteilung (31 %) als notwendig erachtet. 25 Prozent sprachen sich für zusätzliche Förderprogramme und 15 Prozent für Entlastungen bei den Sozialausgaben aus (Hinweis: Prozentzahlen beziehen sich auf an erster Stelle genannte hilfreiche Politikmaßnahmen).

Eine Kurzfassung und weitere Informationen zum Panel können über die Homepage der Kreditanstalt für Wiederaufbau abgerufen werden: www.kfw.de/kommunalpanel.

jl-ru